Julius Schädlich
Am See 16.

Kerzen-Kronleuchter.
Petroleum-Lampen.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.

Dresden, 1893.

Gegr. 1875 **Müffe, Pelze!** Gegr. 1875
Pelzboas, Pelerinen, Colier, Herrenkragen, Pelzmützen u. s. w. empfiehlt
Heinrich Hanicke, Kürschnermeister, **Wettinerstrasse 13,**
vorzüglich des „Tivoli".

L. Weidig
Waisenhausstrasse 34
Neuheiten in elegant garnirten Damenhüten
Grosse persönliche Einkäufe und Modestudien in Berlin, Paris, London.

WEIN-Handlung
-Stuben
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath,
Wallstr. 8.

Weihnachts-Neuheiten
in feinen Lederwaaren empfiehlt in grosser Auswahl
Bernhard Rüdiger.
Wilsdruffer Strasse 3, zunächst dem Altmarkt.

Neue Spiele:
Reise nach Chicago 3.—
Raubritter-Spiel 2.— u. 3.—
Reise um die Welt 3.—
Kriegs-Spiel, schwarz 3.—
und bunt 5.—
Moggendorfers, Froschhüpfer 3.50
do. Himmel u. Hölle 3.50
Kork-Arbeiten 3.— u. 5.—
Kneipp-Spiel 4.—
Frosch-Quartett 1.—
Rimatel's
Saxonia-Accord-Zither
à 15 Mark.
Max Höhler
(Schütze Nachf.).
5 Gr. Meissnerstrasse 5.

Nr. 340. Spiegel: Kabinetskrisen in Frankreich und Italien. Hofnachrichten. Landtagsverhandlungen, Stadtverordnetenwahlen, Arbeitsvermittelung. Mordgeständniß. „Die gelehrten Frauen" und „Der eingebildete Kranke". „Der Kaufmann von Venedig", Orchester-Abend. | **Mittwoch, 6. Decbr.**

Politisches.

Die Kabinetskrisen in Frankreich und Italien haben endlich nach mehr als achttägiger Dauer ihre Lösung gefunden. Die neuen Ministerien Casimir Périer und Zanardelli sind wahre Schwergeburten. Es ist der Mangel einer verläßlichen einheitlichen Kammermajorität, die in den beiden parlamentarisch regierten Staaten die Neubildung einer Regierung, die nicht von vornherein den Todeskeim in sich tragen soll, so sehr erschwert. Im Lande der wetterwendischen Franzosen wie der heißblütigen Italiener ist es keine außergewöhnliche Erscheinung, daß eine parlamentarische Mehrheit, die heute noch stark und geschlossen erscheint, morgen in alle Winde zerstoben ist. Zu diesen parlamentarischen Schwierigkeiten, welche die längere Lebensdauer eines Kabinets unmöglich machen, kam in Frankreich noch der persönliche Ehrgeiz des Präsidenten Carnot als Hinderniß für ein glattes Zustandekommen eines einigermaßen lebenskräftigen Ministeriums hinzu. Im nächsten Jahre läuft die Amtsdauer der jetzigen Präsidentschaft ab, und schon jetzt ist Carnot auf seine Wiederwahl eifrig bedacht. Der gemäßigt konservative Republikanismus verfügt zweifellos seit den letzten Kammerwahlen über die Mehrheit im Parlament. Trotzdem hat sich Carnot gegen die Bildung eines Kabinets, das sich auf diese Mehrheit stützt, lange gesträubt. Er schwärmte für ein sog. Concentrationsministerium, in dem auch die radikale Linke vertreten sein sollte. Dadurch wollte er sich die Freundschaft der Radikalen bewahren, denen er seine Wahl zum Präsidenten zu verdanken hatte. Wenn schließlich Carnot von seinem begreiflichen Verlangen nach einem Mischkabinet, in dem alle republikanischen Parteigruppen Vertreter haben, Abstand genommen hat, so mag auch dabei ein rein persönliches Moment den Ausschlag gegeben haben. Casimir Périer ist einer der gefährlichsten Rivalen bei der Bewerbung um die Präsidentenwürde. Ihn hat daher Carnot mit der Neubildung des Kabinets betraut und ihn trotz seiner hartnäckigen Weigerung zu bestimmen gewußt, an die Spitze der Regierung zu treten. Vier Mal hat Casimir Périer abgelehnt, erst als er zum fünften Male in das Elysée beschieden wurde, hat er nachgegeben. Er sträubte sich, weil er weiß, daß man sich in Frankreich am schnellsten verbraucht, wenn man die Ministerpräsidentschaft übernimmt. Und Carnot ließ nicht ab von seinem inständigen Bitten, weil er sich seines ernstesten Mitbewerbers um die Präsidentenwürde entledigen wollte.

Einen Ministerposten hat Casimir Périer bisher noch nicht bekleidet. Alle Aufforderungen zur Uebernahme eines Portefeuilles, die bereits in früheren Jahren an ihn ergangen waren, hatte er abgelehnt, weil er sich den Weg zur Präsidentschaft freihalten wollte. Während der Panamakrise, nach dem unfreiwilligen Rücktritte Floquets, der im Panamasumpfe untersank, wurde er zum Präsidenten der Kammer gewählt. Die beiden hervorragendsten Mitglieder seines Kabinets sind Spuller, der das Unterrichtsministerium, und Raynal, der das Portefeuille des Innern übernommen hat. Spuller, den Anfangs Carnot mit der Kabinetsbildung betrauen wollte, war der treue Freund Gambettas, dem er 1870 bei der Organisation der nationalen Vertheidigung die größten Dienste geleistet hat. In den Augen der Chauvinisten wird Spuller mit Mißtrauen betrachtet. Weil er deutscher Herkunft ist, gilt er als kein unversöhnlicher Feind Deutschlands, und was in den Augen der Revanchepatrioten ebenso schlimm ist, er ist kein begeisterter Freund Rußlands. Während für Spuller die deutsche Abstammung, war für seinen Kollegen Raynal die semitische Herkunft das Hinderniß für die Uebernahme der Minister-Präsidentschaft. Raynal ist der Hauptvertreter des Opportunismus. Er war bereits unter Gambetta und Jules Ferry Minister. Das neue Kabinet vertritt die Politik des gemäßigten Republikanismus und steht im ausgesprochenen Gegensatz zu dem Radikalismus. Die Erklärung, mit welcher es vorgestern vor die Kammer getreten ist, läßt deutlich erkennen, daß es gewillt ist, die innere Politik seines Vorgängers, des Ministeriums Dupuy, fortzuführen. Sie ist nichts Anderes als eine Umschreibung des Programms, das Dupuy vor 14 Tagen verlesen hat und unter den Radikalen eine so heftige Opposition erweckte. Die radikalen Forderungen auf Revision der Verfassung, Trennung von Kirche und Staat werden von dem neuen Kabinet ebenso schroff abgewiesen wie von Dupuy, und gleich diesem ist auch Casimir Périer entschlossen, den Kampf gegen die Sozialdemokratie energisch aufzunehmen. Die Radikalen werden sofort einen Ansturm gegen das neue Ministerium unternehmen. Es wird sich daher bald zeigen, ob die Kammermehrheit, auf die sich Casimir Périer stützt, eine zuverlässige ist.

Ungleich schwieriger als für das neue französische Kabinet wird die Lage für das italienische Ministerium Zanardelli sein. Mit Hängen und Würgen hat der bisherige Kammerpräsident eine Regierung zusammengebracht. Es sind fast durchweg mehr oder weniger unbekannte politische Mittelmäßigkeiten, die sich haben überreden lassen, einen Ministerposten anzunehmen. Keiner der nennenswerthen Parteiführer findet den Muth, unter gegenwärtigen Verhältnissen an das Staatsruder zu treten. Verlockend ist es vor Allem nicht, in Italien Minister des Schatzes oder der Finanzen zu sein. Seit Jahren ist die Finanzlage des italienischen Staates eine traurige. Die Schuldenlast beträgt etwa 9800 Millionen M. Auf den Kopf der Bevölkerung kommen 323 M., in Deutschland nur 220 M. Schwere wirthschaftliche Krisen haben den jungen Einheitsstaat an den Rand des finanziellen Zusammenbruchs geführt. Der Zollkrieg mit Frankreich war mit bedeutenden Schädigungen für die Landwirthschaft, namentlich den Weinbau, verbunden und lähmte große Zweige von Industrie und Handel. Eine bis ins Wahnsinnige gesteigerte Bauspekulation führte zu den großen Bankkrisen in Rom, Neapel und Turin, zum Sturze der Baubanken und des ganzen Immobiliarkredits. Ein neues Unglück hat das Land durch die Zahlungsschwierigkeiten des Credito mobiliare betroffen, das als das solideste und vertrauenswürdigste Bankinstitut der Monarchie angesehen wurde. Nebenher läuft die Unordnung im Staatshaushalte, die von Jahr zu Jahr größer geworden ist. Die Finanzlage Italiens fordert rasche Hilfe. Ohne energische Maßregeln ist diese allerdings, wie die „N. Fr. Pr." bemerkt, nicht möglich. Das schöne Programm: „Keine Anleihe, keine neuen Steuern" hat sich in Rauch verflüchtigt. Als Giolitti in seiner letzten großen Rede zu Dronero auf die Nothwendigkeit neuer Steuern hinwies, flammte in Italien helle Entrüstung auf, und von allen Seiten schallte es ihm entgegen: Du hast bei Uebernahme deines Amtes feierlich versprochen, dem Volke keine neuen Lasten aufzubürden; du bist wortbrüchig geworden! Vielleicht hat Giolitti vor einem Jahre noch selbst geglaubt, daß er seiner Zusage treu bleiben könne. Er mag bald erkannt haben, daß keines Menschen Verstand ausreiche, um mit kleinen Ersparungen Ordnung in den italienischen Staatshaushalt zu bringen. Heute pfeifen es in Rom die Spatzen von den Dächern, daß es heroischer Mittel bedarf, um das Defizit zu beseitigen. Wer immer Giolittis Erbschaft antritt, er wird bekennen müssen, ohne Erhöhung der Staatseinnahmen könne von der Herstellung des Gleichgewichts keine Rede sein, und wenn er ein entschlossener Mann ist, wird er vielleicht drückendere Steuervorlagen ankündigen als Giolittis mit so maßloser Erbitterung aufgenommene progressive Einkommensteuer. Die Erkenntniß dieser eisernen Nothwendigkeit läßt auch den ehrgeizigsten Politikern, an denen in Italien wahrlich kein Mangel ist, die Uebernahme der sonst so heiß begehrten Macht heute weniger begehrlich erscheinen. Wer immer an die Spitze der neuen Regierung tritt, er wird nicht beliebt werden, sondern die Popularität verlieren, die er mitbringt. Quintino Sella, der Regenerator der italienischen Finanzen, den jeder Italiener mit dankbarer Ehrfurcht nennen sollte, pflegte seufzend zu sagen: „Ich bin der verhaßteste Mann Italiens". Seine Mahlsteuer, die er, mit blutendem Herzen, in dem Bewußtsein, darum von Tausenden gehaßt zu werden, einführte, war grausam, aber sie war die Rettung vor dem Bankerott. Solch einen Mann, dem das Wohl des Vaterlandes mehr gilt als die Liebe seiner Mitbürger, einen stolzen Charakter ohne Eitelkeit und Weihrauchbedürftig, ganz erfüllt von dem Gedanken, die Finanzen Italiens um jeden Preis und unbekümmert um alles Protestgeschrei zu neuer Blüthe zu bringen — den könnten König Humbert und sein Volk brauchen. Zanardelli ist ein trefflicher Advokat, ein gewandter Politiker, aber die Stahlnatur eines Sella besitzt er nicht. Die Aufgabe, die gegenwärtig des italienischen Ministerpräsidenten harrt, ist für ihn wohl zu schwer. Vielleicht wäre Crispi im Stande, sie besser zu lösen, den Muth und den Willen besitzt er. Aber er ist zu schwer durch die Enthüllungen des Panamino-Ausschusses bloßgestellt, um sofort die Erbschaft Giolittis übernehmen zu können. Das Kabinet seines Freundes ist nur ein Verlegenheitsministerium, das sehr bald an den sich auf allen Seiten entgegenstarrenden Klippen Schiffbruch erleiden wird. Vielleicht ist nach Zanardelli die Zeit gekommen, wo Crispi seinen Ehrgeiz, der Retter Italiens zu werden, befriedigen kann.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 5. December.

Berlin. Reichstag. Am Bundesrathstische: Staatssekretär Graf Posadowsky und v. Bötticher, Finanzminister Dr. Miquel, v. Riedel u. A. Auf der Tagesordnung 1. Berathung des Gesetzentwurfes betr. Abänderung des Reichsstempelsteuergesetzes. Bayerischer Finanzminister Dr. v. Riedel legt das größte Gewicht auf das Zustandekommen des Gesetzes. Die Finanzen des Reiches wie der Einzelstaaten bedürften der ernstesten Aufmerksamkeit. Die Matrikularbeiträge übersteigen die Ueberweisungen bedeutend und die Regierungen der Einzelstaaten sind heute schon in Verlegenheit, wie sie den Bedarf der wachsenden Matrikularbeiträge decken sollen. Den Vorschlag einer Reichseinkommensteuer muß ich vom Standpunkt der bayerischen Regierung entschieden zurückweisen; derselbe bedeutet einen tief eingreifenden Schnitt in die Selbstständigkeit der Einzelstaaten, denen nach Ueberweisung der indirekten Steuern an das Reich volle Autonomie hinsichtlich der direkten Steuern bleiben muß. Die Regierungen haben es vermieden, nothwendige Lebensmittel zu den Steuern heranzuziehen, ebenso haben sie es vermieden, die Landwirthschaft zu treffen. Man hat gesagt, die Quittungssteuer trifft den kleinen Mann; bei der Geringfügigkeit der Steuer ist das unzutreffend. In Bayern beschwert sich kein Mensch über die dort bestehende Quittungssteuer. Wenn die Regierungen die Weinsteuer nicht vorgeschlagen hätten, so hätte man sie mit Vorwürfen überschüttet (sehr richtig, rechts.) Tabakfabrikatsteuer wird keineswegs Existenzen ruiniren, sie setzt nur an die Stelle der ungerechten Gewichtssteuer das System der Besteuerung nach der Qualität. Daneben besteht für Jeden die Möglichkeit, sich der Steuer zu entziehen, indem er nicht raucht. Wird diese Steuerform abgelehnt, so müssen die direkten Steuern in den Einzelstaaten erhöht und die Erhöhung gerade auf die breiten Massen gelegt werden; sie muß auf wenig Schultern zu liegen und zwar der Höchstbesteuerten, würde die übelsten Rückwirkungen auf Handel und Wandel zur Folge haben. Die Einzelstaaten können kein einwandfreies Budget aufstellen, so lange das jetzige Verhältniß zwischen Matrikularbeiträgen und Ueberweisungen besteht. Der Matrikularbeitrag Bayerns hat sich in fünf Jahren um 16 Millionen erhöht, das ist so viel, als die Hälfte dessen, was an direkten Steuern einkommt. Von einer Steuerbewilligung auf Vorrath kann gar nicht die Rede sein, der Bedarf ist vorhanden und muß gedeckt werden. Der Druck auf Handel und Wandel wird konservirt, wenn man anstatt zu einer durchgreifenden Reform zu Schreckmitteln greift. Hoffentlich werden sich die Herren durch die im Gange befindlichen Agitationen nicht beirren lassen; wir haben ja Alle nur ein Ziel im Auge: die Wohlfahrt des Vaterlandes. Wir wollen die Landwirthschaft schonen, wir wollen eine Erhöhung der direkten Steuern möglichst vermeiden und wir wollen verhindern, daß die indirekten Steuern drückend empfunden werden. Stimmen Sie für die Vorlage und Sie werden dem Volke einen Dienst erweisen (Beifall rechts). — Abg. Richter (freis. Ver.): Ich glaube das Gegentheil. Der bayerische Finanzminister ist dafür bekannt, daß er gern aus dem Vollen wirthschaftet und mit Ueberschüssen rechnet. Warum hat man die Finanzlage nicht vor Bewilligung der Militärvorlage in dem Lichte dargestellt, wie es jetzt geschieht? Das hätte das Bild verändert. Mit der verfochtenen Selbstständigkeit der Einzelstaaten steht es wenig im Einklang, wenn jetzt dieselben zum Reich betteln kommen. Warum behalten denn die Einzelstaaten die Stempelsteuer nicht für sich? Der bayrische Minister sagt, der Tabakkonsum sei infolge der Einführung der Tabaksteuer nicht zurückgegangen. Wenn das zutrifft, so ist doch damit nicht gesagt, daß nun jede Erhöhung ohne Einfluß auf den Umfang des Konsums bleibt. Es ist gesagt worden, wir ständen im Zeichen des Verkehrs; einen grassesten Widerspruch zu diesem Ausspruch als die Stempelsteuervorlage kann man sich nicht vorstellen. Uebrigens wird die Börsensteuer genau so abgewälzt werden wie Porto- und Telegraphenauslagen. Steuern sind auch kein Mittel, die Moralität der Geschäfte an der Börse zu erhöhen. Die vorgeschlagene Börsensteuererhöhung schädigt nach drei Richtungen: sie schädigt die Provinzialbankiers, die kleinen Banken gegenüber den großen und sie vernichtet das Arbitragegeschäft. Ungerechtfertigt ist es auch, neue Aktiengesellschaften mit 1 Proz. ihres Anlagekapitals zur Stempelsteuer heranzuziehen. Man drängt damit nur die Unternehmungen, die heute die Form der Aktiengesellschaften wählen, in andere Rechtsformen und damit höre auch die Steuer auf. Ungerecht ist die Heranziehung von Obligationen von Kommunen, welche gemeinnützige Anlagen, Wasserleitung, Gasleitung, Viehhöfe 2c. errichten, ungerecht umsomehr, als die Einzelstaaten für ihre Anlagen gleicher Art frei bleiben sollen. Mit der erhöhten Stempelsteuer auf fremdstaatliche Papiere will man das Geld im Lande erhalten, aber es giebt Konjunkturen, unter denen es wünschenswerth ist, daß das Geld lieber hinausgeht. Was die Erhöhung des Lotteriestempels anlangt, so solle das Reich lieber seinen Einfluß ausüben, damit die Staatslotterien wie die Spielbanken abgeschafft würden. Wer für die Quittungssteuer stimmt, mit dem ist überhaupt nicht zu diskutiren, das ist eine Steuer auf den ordnungsmäßigen Geschäftsverkehr. Der bayrische Minister meint, die Steuer sei ja unbedeutend, ja, warum haben sich dann die Herren Minister die Steuerfreiheit gesichert? Ueber den Frachtbriefstempel wird am wenigsten gesprochen, wahrscheinlich weil man den Vorschlag dieser Steuer überhaupt nicht ernst nimmt; aber wenn der Fiskus einmal Geld sucht, da kennt er gar keine Rücksichten auf das wirthschaftliche Leben. Dieses Füllhorn von Steuern mit all den Aergernissen, die es im Gefolge haben muß, wird das Volk nur immer an Die erinnern, die durch Zustimmung zur Militärvorlage diese Erschwernisse veranlaßt haben (Beifall links). — Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Die Regierung hat keine Kritik dieser Vorlage zu fürchten. Wenn sie auf alle die Uebertreibungen, die dagegen erhoben werden, eingehen wollte, würden wir überhaupt zu keiner Steuer kommen. Bei Einführung der Börsensteuer wurde eine Vernichtung der Geschäfte an der Börse in einem Berichte der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft in Aussicht gestellt, aber das Gegentheil ist eingetreten. Wenn seit 1880 das Börsengeschäft zurückgegangen ist, so ist daran die Ueberspekulation schuld. Die Börse ist ein wirthschaftlich nothwendiges Institut und man kann sie auch nicht so besteuern, daß man sie aus dem Rahmen des internationalen Verkehrs herausnimmt. Die Eingabe der Frankfurter Handelskammer fordert gar volle Freiheit für die Börse. Nach den Ergebnissen der Börsen-Enquete werden gewisse Beschränkungen aber doch der Börse aufzuerlegen sein. Von gewisser Seite wird eine Höherbesteuerung der Zeitgeschäfte als der Kassageschäfte gefordert. Man geht dabei davon aus, daß jedes Zeitgeschäft ein Differenzgeschäft sein müsse; das ist aber falsch. Die Franzosen und Engländer sind gewiß praktische Leute, aber auch sie haben Quittungs- und Frachtsteuer. Die Regierung braucht neue Steuern, sie hat nach bestem Wissen und Gewissen ihre Vorlagen gemacht und bittet um wohlwollende Prüfung derselben oder um bessere Vorschläge (Beifall rechts). — Abg. Graf Kanitz (deutschkons.): Die Börsensteuer wird von Vielen als Strafe für die Sünden der Börsen aufgefaßt, aber ein Steuergesetz darf nie einen strafrechtlichen Charakter tragen. Die Börse ist ein nothwendiges Institut und bei der Bemessung der Steuer ist zu untersuchen, ob dadurch berechtigte Interessen getroffen werden. Er habe in der Börsenenquetekommission mit anderen Herren weitere Beschränkungen gefordert als sie beschlossen wurden. Es werde sich noch Gelegenheit finden, den Minoritätsstandpunkt zu vertreten. Die Vorlage der Regierung scheine bez. der Höhe des Steuersatzes das Richtige zu treffen; wollte man erheblich darüber hinaus gehen, so würde sich der Steuerertrag nicht erhöhen, sondern vermindern. Eine Reform des Staatslotteriewesens wäre immer nach der Richtung hin am Platze, daß der Umfang der Lotterie nicht in einem Mißverhältniß zur Größe des betr. Landes stehe. Eine besondere Emissionssteuer auf ausländische Papiere würde eine Prämie für die schlechten Papiere bedeuten. Redner befürwortet eine Heranziehung der Lombardgeschäfte zur Börsensteuer. Die Quittungssteuer anlangend, so sei doch zu erwägen, ob nicht statt einer festen Steuer wenigstens eine gewisse Abstufung durchgeführt werden könne, sodaß für eine Quittung von 10 Mark nicht derselbe Stempel wie für eine Quittung von zehntausend Mark gefordert werde. Dasselbe gilt von der Checksteuer. Entweder man verzichte überhaupt auf die Quittungssteuer, oder man sorge durch entsprechende Abstufung dafür, daß sie auch etwas einbringe. Der geringe Ertrag, der aus der von der Regierung vorgeschlagenen Stempelsteuer herausgerechnet ist, wiege die aus der Steuer erwachsene Belästigung nicht auf. Redner schließt mit dem Antrag, den Entwurf an eine 28er Kommission zu verweisen (Beifall rechts). — Weiterberathung morgen.

Berlin. Nächsten Dienstag findet beim Reichskanzler ein parlamentarisches Diner statt. — Die Dichterin Wilhelmine Heniel ist gestern, 92 Jahre alt, in Charlottenburg gestorben. — In der Reichstagskommission für die Handelsverträge erklärte Abg. v. Ploetz, daß die Konservativen nicht in der Lage seien, dem Vertrage mit Rumänien zuzustimmen, da zu befürchten sei, daß die Regierung mit Annahme dieses Vertrags nicht mehr die Zollsätze unseres Tarifs gegen Rußland werde halten können, sondern in eine Zwangslage gerathen werde. Staatssekretär v. Marschall hatte vorher die Beantwortung einer diesbez. Frage abgelehnt. — Die gemischte Deputation für Kunstwerke beschloß bei der Verwendung der im preußischen Staatshaushaltsetat eingestellten 100,000 Mark für Kunstzwecke die Ausführung des Hundrieserschen Modells der Berolina, das gelegentlich des Einzugs des Königs von Italien in Berlin am 21. Mai 1889 auf dem Potsdamer Platze aufgestellt war, in getriebenem Kupfer ausführen zu lassen; ferner soll das Wandbrunnenmodell des Bildhauers Uechtritz, das auf der diesjährigen deutschen Kunstausstellung allgemeinen Beifall fand, in echter Bronce ausgeführt werden. — Der „Staatsanzeiger" theilt mit, daß in das fürstlich hohenzollernsche Haus- und Familienstatut folgende Bestimmung aufgenommen worden ist: Der Fürst wird mit dem vollendeten 18. Lebensjahre alle übrigen Angehörigen des fürstlich hohenzollernschen Hauses werden mit dem 21. Lebensjahre großjährig. — Graf Arnim-Klagenthin erläßt eine Erklärung gegen das Blumsche Buch „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks". In dem Blumschen Buch heißt es u. A., der frühere deutsche Botschafter in Paris, Graf Arnim, habe die Verhandlungen im Jahre 1873 wegen der Abzahlung der französischen Kriegsschuld absichtlich in die Länge gezogen, weil er mit dem Baron Hirsch in Paris geheime Spekulationsgeschäfte unternommen habe, deren Gelingen darauf beruhte, daß die letzte Rate nicht vor dem 1. März 1875 gezahlt werde. Dieses glänzende Geschäft wäre gescheitert, wenn der neue Vertrag zu Stande kam. Diese Behauptung erklärt nun Graf Arnim, der Sohn des ehemaligen Botschafters, für eine haltlose eitele Verleumdung.

* **Leipzig.** Bei den hiesigen Stadtverordnetenwahlen unterlagen die Sozialisten.

Pfund's feinste Molkerei Gebr. Pfund, Bahnhofstr. 79. Fernsprecher Amt I, No. 1779.